

Offensichtlich unerwünscht

Geplante Asylrechtsverschärfung trifft insbesondere Rom_nija

Steigende Zahlen unerwünschter Asylanttragsteller_innen vom Balkan lassen die Bundesregierung kreativ werden. Eine Steilvorlage bietet ihr hierbei die 1993 eingeführte Verschärfung des Asylrechts. Seitdem gibt es das Prinzip der „sicheren Herkunftsstaaten“. Stellen Menschen aus solch einem „sicheren“ Staat einen Asylantrag, dann wird pauschal vermutet, dass sie nicht politisch verfolgt werden. Gegenteiliges müssen die Antragsteller_innen beweisen, was extrem schwer bis unmöglich ist. Gelingt ihnen dieser Beweis nicht, wird ihr Asylantrag als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt. Ihre Rechtsmittelfrist verkürzt sich dadurch auf nur eine Woche und sie können ohne einen gesondert gestellten Eilantrag nach dieser einen Woche sofort abgeschoben werden. Einmal abgelehnt, können sie außerdem keine Aufenthaltserlaubnis mehr bekommen. Das Prinzip der „sicheren Herkunftsstaaten“ ermöglicht es also, Menschen aus bestimmten Staaten besonders schnell und unkompliziert wieder loszuwerden.

Bisher zählen zu diesen „sicheren Herkunftsstaaten“ die Mitgliedstaaten der EU, Ghana und Senegal – diese Liste kann jedoch durch ein Bundesgesetz beliebig erweitert werden. Bereits in ihrem Koalitionsvertrag

plante die Bundesregierung, dass auch Bosnien und Herzegowina, Mazedonien und Serbien auf diese Liste sollten; seit Februar gibt es nun einen Gesetzesentwurf vom Bundesinnenministerium dazu.

Darin wird deutlich, dass sich die BRD nicht darum schert, wie „sicher“ diese Länder sind. Sonst wäre sie vermutlich auf den einen oder anderen der zahlreichen Berichte über Menschenrechtsverletzungen in jenen Ländern gestoßen. So werden, wie etwa Pro Asyl berichtet, in Serbien Rom_nija und andere Minderheiten massiv diskriminiert; ihnen wird der Zugang zu Arbeit, zu Bildung, zu medizinischer Versorgung und oft sogar zu sauberem Trinkwasser verwehrt. Kein Wort dazu im Gesetzesentwurf.

Grund hierfür sind offensichtlich die steigende Zahl der Asylanträge von Menschen aus gerade diesen „sicheren“ Ländern. Hauptsächlich sind es Rom_nija – was angesichts ihrer Situation in ihren Herkunftsländern nicht verwundert. Doch anstatt dass die BRD sich hier an die Menschenrechte erinnert, mit denen sie sich sonst so gerne rühmt, bedient sie sich eines tief verankerten Rassismus. Und so müssen Rom_nija auch in der BRD um ihr Existenzrecht fürchten.

pressback...

... ist ein monatlich in Hamburg erscheinender Newsletter gefördert von der Ortsgruppe Hamburg der Roten Hilfe. Die Rote Hilfe ist eine linke, parteiunabhängige, strömungsübergreifende Schutz- und Solidaritätsorganisation, die sich an der Seite aller sieht, die aufgrund politischer Aktivitäten Opfer staatlicher Repressionen geworden sind.

Informationen:

hamburg@rote-hilfe.de
http://pressback.blogsport.de
www.hamburg.rote-hilfe.de

Kontakt:

www.hamburg.rote-hilfe.de
V.i.S.d.P.: H. Lange
Postfach 3255, 37022 Göttingen

Eigentumsvorbehalt:

Dieses Falblatt bleibt bis zur Aushändigung Eigentum des Absenders/der Absenderin, „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung i.S.d. Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Exemplare sind unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung an die Absender_innen zurückzusenden.

pressback

Sturm auf den Gipfel!

Für einen solidarischen Kampf gegen die G8

Nach 2007 in Heiligendamm findet am 4. und 5. Juni 2015 der G8-Gipfel wieder in der BRD statt. „Abgeschottet vom Rest der Welt, nutzen die Regierungs- und Wirtschaftsvertreter_innen der acht Staaten die jährliche Plattform, um unter sich über die Durchsetzung der Interessen der herrschenden Monopole, die Verteilung von Einflussphären, und aktuelle und kommende Kriege auf der ganzen Welt zu beraten. Kurz gesagt: es geht um die ständige Aufteilung und Neuaufteilung der Welt unter den imperialistischen Großmächten, die sich diesen Gipfel geschaffen haben, um auf vermeintlich friedlichem Weg ihre konkurrierenden Interessen auszuschachern[...]“ ([3A] * Revolutionäres Bündnis) Der Austragungsort der Gipfelfestspiele wird dieses Mal das in 1000 Metern Höhe gelegene Schloss Elmau in der Nähe von Garmisch in Oberbayern sein. Zu Nazi-Zeiten diente das Schloss als Fronterholungsheim der Wehrmacht und wurde 1997 in ein „Luxury Spa & Cultural Hideaway“ umgebaut – wie passend.

Als in der Zeit vor 2007 damit begonnen wurde, gegen den Gipfel in Heiligendamm zu mobilisieren und die verschiedensten Protestaktionen vorzubereiten, war nicht abzusehen, wie groß und vielfältig der Protest werden würde. Nach 1999, als die Minister_innenkonferenz der WTO in Seattle ohne Anwesende eröffnet werden musste, weil vor den Türen die Barrikaden brannten, konnte in Heiligendamm wieder von einem Erfolg gezielter Blockaden gesprochen werden: „Mehr als 10.000 Menschen verzögerten am Mittwoch, dem 6. Juni 2007 die Anreise der Delegationen zum Gipfel. Alle Zufahrtsstraßen waren versperrt, Gipfelgegner_innen drangen in die zum Sperrgebiet erklärte Sicherheitszone rund um den Tagungsort ein.“ (ALB: Auswertung der G8-Protteste, 2007)

Schon zuvor nahmen rund 80.000 Menschen an der Großdemo in Rostock



FREIRAUM DES MONATS

teil, zu dem auch der „make capitalism history“-Block mit 8.000 Autonomen gehörte. Dieser geriet am Ende der Demo in militante Auseinandersetzungen mit der Polizei und wurde anschließend von Politik und Presse, aber leider auch von Teilen der Anti-G8-Bewegung als pauschal „schwarz vermurmt“ und „gewaltbereit“ diffamiert. Der tägliche Medienspiegel reproduzierte unreflektiert die Hetze und die vorhergegangenen Gewaltprognosen seitens Politik und Polizei gegenüber „dem Block“. Die aus den Ereignissen hervorgegangene, teils breit geführte Militanzdebatte hatte gewiss einen großen Wert für die Szene und auch noch heute sollte sie in die Reflektion des eigenen politischen Auftretens einfließen.

In der öffentlichen Wahrnehmung wurde der Gipfelprotest durch bundesweite Hausdurchsuchungen bereits vor dem Beginn mit einem „Linksterrorismus“ in Verbindung gebracht und dieses Bild brannte sich durch die anschließenden Spaltereien

nur noch tiefer in die Köpfe Außenstehender. Unsolidarische Distanzierungen aus den „eigenen“ Reihen gegenüber den militanten Aktionen führten zu einer Aufspaltung der verschiedensten Protestformen in legitimen, „friedlichen“ und nicht legitimen, militanten Protest, was von Medien und Politik nur zu gern aufgegriffen wurde und die Bewegung schwächte.

Dabei kann nur eine gemeinsam agierende und solidarische, vielfältige Bewegung zu dem Erfolg führen, dem G8-Gipfel seine gesellschaftliche Funktion als die symbolische Inszenierung von Herrschaft zu entreißen und die globalen Herrschaftsverhältnisse zu delegitimieren.

Deswegen alle im nächsten Jahr auf nach Oberbayern zum Sturm auf den Gipfel!

Bei Redaktionsschluss wurde bekannt, dass Russland nicht mehr mitspielen darf und die „Großen“ jetzt nur noch zu siebt sind.

Beitrittserklärung / Einzugsermächtigung / Rote Hilfe e.V.

- Ich erkläre meinen Beitritt zur Roten Hilfe
- Ausserdem bin ich an aktiver Mitarbeit interessiert
- Ich möchte regelmäßig den E-mail Newsletter erhalten



Rote Hilfe e.V.
Postfach 3255
37022 Göttingen

Ich ermächtige den Bundesvorstand der Roten Hilfe, jederzeit widerruflich, meinen Beitrag jeweils zu Beginn des Fälligkeitsdatums zu Lasten meines unten angegebenen Kontos durch Lastschrift einzuziehen. Innerhalb von 6 Wochen kann ich bereits vollzogene Lastschriften wieder rückgängig machen. Von mir verursachte Rücklastgebühren (Rückbuchung z.B. bei ungedecktem Konto) gehen zu meinen Lasten und können ebenfalls von meinem Konto abgebucht werden.

Ich zahle einen monatlichen Beitrag von

Abbuchung soll erfolgen

- 7,50 € (Normalbeitrag)
- 10,00 € (Solibeitrag)
- 3,00 € (Ermäßigter Beitrag)

- jährlich
- halbjährlich
- monatlich

€ anderer Betrag

Der Normalbeitrag beträgt monatlich 7,50 €. Der ermäßigte Mindestbetrag (für Schüler_innen, Erwerbslose usw.) 3 €.

Vorname_Name
Strasse_Hausnummer
PLZ_Wohnort
Telefonnummer
e-mail
Name_Ort des Kreditinstituts
BIC
IBAN
Datum_Unterschrift

MoGe... was?!

Neues Spielzeug der Bundeswehr lässt Schlimmes erahnen

Wie sich Mitte Februar herausstellte, hat sich die Bundeswehr bereits im Oktober 2013 eine mobile Überwachungsplattform angeschafft, welche aus drei Fahrzeugen besteht, die zusammen „zur Ermittlung vollständiger Funk-Lagebilder in einsatzrelevanten Frequenzbereichen“ dienen. Das „Mobile geschützte Fernmeldeaufklärungssystem“ (MoGeFa) der Firma Plath GmbH aus Hamburg diene als „Demonstratorsystem“ und werde zur Zeit ausgiebig getestet. Wenn sich die von Plath angepriesene „genaue und robuste Peilsensorik zur Entdeckung und Ortung aller elektromagnetischen Aussendungen mit herausragender Empfindlichkeit verbunden mit bemerkenswerter Dynamik, großer Bandbreite und hoher Scan-Geschwindigkeit“ für die Bundeswehr als tauglich herausstellen sollte, will sie ab 2016 das MoGeFa in größerer Serie

beschaffen. Zur Zeit befindet sich das System im Test der „operationellen Leistungsfähigkeit“ und hört gestellten Bundeswehrlinien in der Eifel ab.

Dabei fällt allerdings die breit gefächerte Abhörfähigkeit des MoGeFas völlig unter den Tisch. Aus der Fragestunde einer Plenarsitzung des Bundestages geht hervor, dass der „Beifang“ von „zivilen“ Mobilfunksignalen bei den Testläufen nicht ausgeschlossen werden kann. Im Klartext: Es können Mobilfunktelefonate abgehört werden. Der dazu befragte Staatssekretär Brauksiepe beschwichtigte zwar, dass die Weitergabe irgendwelcher Daten an Dritte nicht beabsichtigt wäre. Möglicherweise mag das im Testbetrieb noch stimmen. Was aber wird in Zukunft passieren?

Die Bundeswehr muss bei Neuanschaffungen zur Überwachung von Funksignalen

immer ein „militärisches Datenschutzkonzept“ vorlegen, damit zumindest auf dem Papier versichert wird, dass der Schutz des Telekommunikationsverkehrs Einzelner gewährleistet wird. Doch dies wurde beim MoGeFa schlicht ignoriert – wie auch schon beim „Euro Hawk“ und dem darauf installierten Spionagesystem ISIS.

In Anbetracht des anstehenden G8-Gipfels im Juni 2015 in der BRD stellt sich die Frage, wie weit dann die Amtshilfe der Bundeswehr und somit der Einsatz im Inneren gehen wird und ob nicht das MoGeFa das Gebiet um Schloss Elmau überwacht. So wie die Tornados, die 2007 über Heiligendamm zur Luftaufklärung eingesetzt wurden – natürlich mit anschließender großer Empörung und etlichen Beschwichtigungen.

Antifa heißt angegriffen werden

Schlaglichter der Repressionsgeschichte gegen Antifaschist_innen

Nazis sind böse und das soll die Gesellschaft auch zeigen. Beliebteste Mittel hierfür sind Lichterketten und Händchenhalten. Den Höhepunkt eines solchen Tages bildet regelmäßig die Rede des_r Bürgermeister_in vor dem Rathaus, bei der er_sie betont, wie mutig und engagiert die Bürger_innen doch seien und wie friedlich alles vonstatten ging. Dass das Happening mit Sekt, Schnittchen und Live-Musik jedoch weit entfernt vom eigentlichen Naziaufmarsch stattfindet oder eben keine tatsächliche Auswirkung auf rechte Strukturen in der BRD hat, wird oft vergessen zu erwähnen. Antifaschistischer Widerstand, welcher sich aus guten Gründen nicht am staatlichen Gewaltmonopol orientieren kann, wird hingegen kriminalisiert.

Einige Schlaglichter der Repression der letzten 25 Jahre gegen Antifaschist_innen hat nun die Autonome Antifa Berlin zusammengetragen.

Beliebtes Repressionsmittel sind die §§ 129 und 129a StGB – Bildung einer kriminellen, beziehungsweise terroristischen Vereinigung. So wurde bereits Anfang der 90er Jahre gegen die Autonome Antifa [m] ermittelt. Vorgeworfen wurde den Mitgliedern, Demonstrationen nicht angemeldet und einen sogenannten schwarzen Block organisiert zu haben.



Die Staatsanwält_innenschaft konstruiert immer wieder Sachverhalte, aufgrund derer sie wegen Mordes, versuchten Mordes, Totschlags

oder Körperverletzung mit Todesfolge anklagt. Eine Platzwunde am Kopf oder die Beteuerung eines angegriffenen Nazis eine_n Antifaschist_in erkannt zu haben reichen hierfür vollkommen aus. Oft sitzen die Angeklagten deswegen Monate lang in Untersuchungshaft.

Die genannten Beispiele zeigen nur einen kleinen Ausschnitt der manchmal sehr fantasievollen Einfälle der Repressionsbehörden. Aber nicht nur antifaschistisches Handeln wird kriminalisiert, die Repression trifft vielmehr viele Politikbereiche, die Tierrechtsszene ebenso wie Antimilitarist_innen, und marginalisierte Menschen, wie Migrant_innen, Drogenkonsument_innen, Arbeitslose oder Sprüher_innen.

Die Kriminalisierung antifaschistischen Widerstands im Speziellen und die Repression nonkonformen Verhaltens im Allgemeinen ist ein Angriff auf uns alle, dem wir uns widersetzen müssen.

Zusammenarbeit der Repressionsbehörden auf EU-Ebene wächst

BKA, Bundespolizei und Wirtschaftsministerium ganz vorne mit dabei

Mehr Verantwortung auf internationaler Ebene und eine aktivere Rolle in der internationalen Sicherheitspolitik hatte sich Bundespräsident Joachim Gauck Ende Januar in seiner Rede zum Auftakt der Münchener Sicherheitskonferenz für die BRD gewünscht.

Scheinbar gilt, was für die Bundeswehr gilt, auch für das BKA: Laut der Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion zu „grenzüberschreitenden Kooperationen und Projekten europäischer Polizeien, Geheimdiensten und Überwachungsherstellern“ mischt das deutsche BKA in vielen internationalen Sicherheitsnetzwerken ganz vorne mit. Abgefragt wurden beispielsweise die Inhalte und Teilnehmenden von Treffen jener 18 „Expertengruppen“, die auf Ebene der Europäischen Union der „Ratsarbeitsgruppe Strafverfolgung“ zuarbeiten. Dazu gehört unter anderem die „Cross-Border Surveillance Working Group“ (CSW). In dem informellen Netzwerk organisieren sich Mobile Einsatzkommandos, die für die Observation von Personen und Fahrzeugen auch über Grenzen hinweg zuständig sind. Das BKA gehört neben Polizeibehörden aus Großbritannien, Frankreich sowie der EU-Polizeiagentur Europol zu den federführenden Teilnehmer_innen der CSW. Auch über die Rolle der BRD bei Europol musste das Innenministerium Auskunft geben. Obwohl hierfür gar nicht zuständig, speichert die Agentur etwa Daten zu „illegaler Einwanderung“. Die BRD zählt offensichtlich zu den stärksten Nutzer_innen von Europol und verwendet regelmäßig den sogenannten „Data Loader“, um Informationen aus den nationalen Datenbeständen an Europol zu liefern. Außerdem nehmen das Bundeswirtschaftsministerium und deutsche Firmen wie etwa Siemens oder der Aachener Überwachungsmittelhersteller Utimaco regelmäßig an den Treffen zum Thema Abhörung des „Europäischen Instituts für Telekommunikationsnormen“ teil oder richten diese selbst aus.

Währenddessen trainieren Landes- und Bundespolizeien gemeinsam mit europäischen Partner_innen gegen linke Proteste. Mindestens 300 Polizist_innen aus Deutschland und Frankreich etwa übten im Saarland gemeinsam die Kontrolle einer fiktiven Demonstration des „Blockupy“-Bündnisses, um sich auf die diesjährigen Aktionstage anlässlich der Neueröffnung der Europäischen Zentralbank in Frankfurt vorzubereiten. Mit Polizeibehörden aus Belgien und Luxemburg wurde die „Beseitigung“ von bei Atomtransporten beliebten Blockaden geübt. Insgesamt nahm allein die Bundespolizei seit 2010 an 73 grenzüberschreitenden Polizeiübungen teil. Gleichzeitig baut die EU seit 2002 ein informelles Netzwerk 32 europäischer Spezialpolizeien mit dem Namen ATLAS auf. Dort organisieren sich auch Gendarmerien, die teilweise dem Militär unterstehen, unter anderem eine paramilitärische Einheit der für Folter-Skandale bekannten spanischen Guardia Civil. Die gebotene Trennung von Polizei und Militär auf europäischer Ebene löst sich so mehr und mehr auf. Die BRD hat aktuell den Vorsitz von ATLAS inne, Koordinator ist der GSG-9-Kommandeur Olaf Lindner.

Wie auch die Antwort auf diese Anfrage bestätigt, etablieren sich ganz im Sinne Gaucks unter deutscher Federführung die sogenannten „gemeinsamen Polizei-, Zoll- und Geheimdienst-Operationen“ („Joint Operations“) innerhalb der EU mehr und mehr, obwohl sie häufig in informellen Arbeitsgruppen stattfinden, die parlamentarisch nur schwer zu kontrollieren sind. Externe Kontrolle scheint auch eher unerwünscht, wie die Reaktion einiger (anonymer) Stimmen von BKA- und Verfassungsschutz-Beamt_innen in der Zeitschrift Focus zeigt, in der sie die Kleine Anfrage als „Spähangriff im Bundestag“ bezeichneten. So viel zum Thema: „Wer nichts zu verbergen hat, hat nichts zu befürchten“...

zappenduster

COPS UND KOKS

Dass Polizist_innen sich hin und wieder ein Näschen Koks gönnen, dürfte Allseits bekannt sein. In der nächsten Zeit wird es jedoch eher schlecht aussehen mit dem Nachschub: Im Spind des Leiters der Kemptener Drogenfahndung wurden ganze 1,5 Kilo Kokain (mit einem Marktwert von bis zu 250.000 Euro) sichergestellt. Damit dürfte der Beamte in der oberen Liga der bayrischen Großhändler_innen mitmischen. Die Kolleg_innen sind natürlich alle „extrem erstaunt“ und wollen den Fall selbstverständlich „konsequent aufklären“.

COPS UND PARTYS

Was den Namen ihrer Partys angeht, sind Polizist_innen nicht allzu kreativ. Meist heißen sie – lustig, lustig – „Blaulichtparty“. Um das Verwendungsrecht dieses Namens stritten sich kürzlich die beiden „Polizeigewerkschaften“. Die DPoIG, welche sich die Markenrechte an dem Namen bereits 2006 gesichert hatte, wollte der konkurrierenden GdP verbieten, ihre Feierlichkeiten unter diesem Motto auszurichten. Vor Gericht kamen sie schließlich zu dem Kompromiss, dass die GdP ausschließlich in München „Blaulichtpartys“ veranstalten darf.

COPS UND SENSIBILITÄT

In Berlin wurde einem Antifaschisten ein Hakenkreuz an die Wohnungstür gesprüht. Die Beamt_innen der Berliner Polizei boten dem Betroffenen hierauf ein Sensibilisierungstraining an. Ist doch klar: Schuld hat natürlich der Antifa. Denn hätte der sich im Vorfeld einfach nicht aktiv gegen Nazis engagiert beziehungsweise, wie die Polizist_innen meinen, diese provoziert, dann wäre die ganze Sache auch nie passiert.